

## N O T I Z E N

aus der 69. Sitzung des Bundesrates vom 31. Oktober 1967

---

<u>Vorsitz:</u>	Hr. Bundespräsident Bonvin	
<u>Abwesend:</u>	Hr. Tschudi (dienstlich)	
<u>Schriftführer:</u>	HH. Oser und Weber	
<u>Protokolle:</u>	keine	
<u>Beginn:</u>	9 Uhr	<u>Schluss:</u> 11 Uhr 10

---

Schriftliche AnträgePolitisches DepartementWissenschaftliche Mitarbeiter in Washington, Tokio und Moskau

Herr Gnägi stimmt zu und wiederholt seine Bemerkung aus der letzten Sitzung, wonach er hoffe, dass abgeklärt werde, ob nicht eine Delegation Atomenergieanlagen und Fernmeldedienste in der Sowjetunion besuchen könnte. Es scheine ihm sehr wesentlich, dass auf diesen Gebieten mit der Sowjetunion Verbindung aufgenommen wird.

Der Herr Bundespräsident hält dafür, dass in Tokio bessere Aussichten für eine erfolgreiche Tätigkeit bestehen als in Moskau. Er verweist auf das in der Sowjetunion herrschende gewisse Misstrauen gegenüber ständigen wissenschaftlichen Vertretern.

Herr von Moos empfiehlt die Ernennung eines Attachés in Moskau nicht im jetzigen Zeitpunkt bekanntzugeben, damit es nicht aussieht, wie wenn man damit die Oktoberrevolution ehren wolle. Auch sonst sei er gegenüber Möglichkeiten eines Wissenschaftsattachés in Moskau skeptisch.

Herr Spühler ist damit einverstanden, dass jetzt keine Bekanntgabe erfolgt. Er sei durchaus auch der Auffassung, dass die Rolle der Wissenschaftsattachés nicht darin bestehen könne, die wissenschaftlichen Beziehungen von Land zu Land zu regeln. Sie müssen lediglich die nötigen Verbindungen für unsere Wissenschaftler herstellen. Er glaube deshalb, dass zwischen der Auffassung des EPD und des FZD eigentlich kein Unterschied bestehe. Man wolle in Hauptsache Erfahrungen sammeln. Mit diesen Attachés schliesse man Anstellungsverträge ab. Es handle sich also nicht um Beamten. Diese Vorsicht werde beobachtet, damit man auf die Angelegenheit zurückkommen könne, wenn sich die Lösung nicht bewährt.

Was speziell Moskau anbetrifft, scheine es dem Sprechenden, dass wir in einem Lande, wo alles staatlich geregelt ist, besonders daran interessiert sind, Wissenschaftsattachés zu ernennen.





VolkswirtschaftsdepartementMassnahmen auf dem Milchsektor per 1. November 1967

Das FZD hat einen Mitbericht erstattet.

Herr Schaffner bemerkt, dass das EVD nun daran sei, nach den Verbilligungsaktionen Massnahmen zur Produktionslenkung Qualitäts- und Absatzförderung zu erlassen. Die Entwicklung inbezug auf den Butterabsatz erscheint einigermassen befriedigend. Was auf dem Gebiete der Konsumtion getan werden kann, wurde gemacht. Die heutigen Vorschläge sollen dem Uebel bei der Produktion auf den Leib rücken. Die Misère sei nicht allein durch den Minderkonsum entstanden, sondern sei auch Grund einer 27 %igen Mehrproduktion <sup>van Butter</sup>. Man müsse die Produktion wesentlich beeinflussen. Bei den Vorschlägen handle es sich um mittelfristige Massnahmen. Solche langfristiger Natur seien in Ausarbeitung. Man müsse dafür sorgen, dass die Herstellung von Butter weniger interessant wird. Die Magermilch müsse verteuert werden. Hier möchte das FZD weiter gehen. Der Sprechende stellt aber fest, dass er über diese Position sehr eingehend verhandelt habe, und dass man hier an der allerobersten Grenze stehe. Ebenso soll der Uebernahmepreis für Vorzugs- und Milchzentrifugenbutter um 36 Rp per Kg gesenkt werden.

Was die Massnahmen beim Käse betrifft, müsse festgestellt werden, dass heute sehr schlecht verkäuflich wird. Die Käser schieben die Schuld auf die Bauern. Im Gegensatz zu dem im Antrag vorgesehenen Preisabzug von Fr. 20.-- für schlechte Qualität schlägt der Sprechende vor, nur Fr. 15.- für Sekundaqualität abzuziehen. Die Käser hätten nämlich sehr geklagt, dass sie einen so grossen Abzug nicht ertragen würden. Der Sprechende teilt ~~ihnen~~ Seite 15 aus und ein Papier, in welchem das Dispositiv geändert wird.

Weiter soll durch energische Massnahmen an den Grenzen verhindert werden, dass Magermilchpulver importiert wird.

Die gesamte Massnahme, die zur Sanierung führen soll, umfasst aber ein Sicherstellungsbetrag (Rückbehalt von 3 Rp.). Die landwirtschaftlichen Kreise haben die Notwendigkeit dieser Massnahmen begriffen. Dazu kommt eine Werbeabgabe von 0,15 Rp pro Kg. Man hofft damit das getan zu haben, was jetzt möglich ist. Die Presse werde eine Zusammenstellung der gesamten Massnahmen erhalten.

Der Sprechende wiederholt, dass die Massnahmen nicht genügen für eine totale Sanierung. Die Finanzkommission des Ständerates habe ihn aufgeboten und wünsche Auskunft über die Budgetzahlen im Milchsektor.

Herr Spühler kann den Anträgen des EVD zustimmen. Befriedigt ist er über den Beitrag der durch Abgabe von Milchkonserven an die internationalen Hilfswerke geleistet wird. Was über die Käsequalität berichtet werde, habe ihn erschüttert. Es sei unerhört, dass Käse von so schlechter Qualität in so grossen Quantitäten produziert wird. Die Vorschläge des EVD seien hier recht bescheiden. Was auf Seite 23 über die Werbung



für den Rahmabsatz gesagt werde, stelle sich als Widerspruch zweier Wirtschaftssysteme heraus. Für Milch und Rahm habe man ein staatliches Bewirtschaftungssystem. Man nimmt aber einen Weg in Aussicht, der dem privaten Marktsystem entspricht. Er stelle aber keinen Antrag, sondern beschränke sich auf die Feststellung, dass diese Mischung von Staatswirtschaft und Privatwirtschaft nicht systemgerecht sei. Er glaube auch, dass das was hier vorgeschlagen wird, nicht viel nützen werde.

Herr von Moos stellt die Frage, ob der Antrag eine Antwort auf die Eingabe des Bauernsekretariates sei, in der dargelegt werde, dass der Arbeitsverdienst der Landwirtschaft um ca. Fr. 6.-- je Männer-Arbeitstag nachhinke. Ermöchte auch wissen, ob ein Antrag gestellt werde auf Festsetzung des Milchpreises.

Herr Gnägi bemerkt, dass es sich um ein sehr ungefreutes Geschäft handle, das aus der Not heraus geboren werden musste. Er wünscht vor allem, dass Klarheit über die Gründe der heutigen Situation geschaffen werde. Es stimme nicht, dass eine Erhöhung der Milchproduktion von 27 % eingetreten sei. Die Mehrproduktion von Verkehrsmilch betrage lediglich 5 %. Der Absatz der Butter stocke, weil sie zu teuer sei und weil man übergrosse Importe habe. Zur Bemerkung, dass die Finanzkommission Aufschluss verlangt habe, wünscht der Sprechende, dass man genau detailliere, dass vom Gesamtaufwand von 236,5 Mio Franken aus Bundesmitteln lediglich 126 Mio zu erbringen sind.

Was den Rückbehalt von 3 Rp betreffe, so ~~möchte~~<sup>wollte</sup> er beantragen, dass man in diese Summe auch die erwähnte Werbeabgabe einschliesse. ~~Diese Massnahme werde Rückwirkungen schwersten Kalibers haben~~ Die das letzte Mal bewilligte Erhöhung des Milchpreises um 3 Rp werde jetzt nicht <sup>nur</sup> aufgehoben, sondern die Produzenten erhalten weniger als <sup>am Ende</sup> ~~zu Beginn~~ des Jahres 1965. Wir dürfen unsere Leute, die Preise und Löhne von uns zugesprochen erhalten, nicht so behandeln. Angesichts des Antrages des FZD noch weiter zu gehen, könne er sich schliesslich dem Antrag des EVD anschliessen, wobei er gerne Kenntnis nehme, dass der Preisabzug für Käse schlechterer Qualität auf Fr. 15.- pro q festgesetzt werden soll. Für die Zukunft müsse vor allem für die Qualitätsförderung mehr getan werden. Man müsse aber auch die Frage der Importe im Auge behalten.

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass nach dem Landwirtschaftsgesetz, das was mehr erzeugt wird, als was unser Land braucht, nicht berücksichtigt werden kann. In Brugg vergesse man diesen elementaren Grundsatz von Art. 24 des Landwirtschaftsgesetzes. Herr Schaffner habe nachgewiesen, dass eine Ueberproduktion vorhanden sei. Man importiere aber Milch, um Kälber aufzuzüchten, statt die Kälber mit der Milch der eigenen Kühe zu ernähren. Alle vorgeschlagenen Massnahmen gehen in die Richtung auf die Fabrikation von Milchprodukten. Es handle sich um kurzfristige Massnahmen. Uebrig bleibe das allgemeine Problem auf längere Zeit. Das System des Importes sollte noch mehr ausgerichtet werden nach der Produktion. Bei der Magermilch sollte man doch prüfen, ob man nicht im Sinne des Antrages des FZD mehr machen könne.



Was die Käsequalität betrifft, so werde heute der beste Schweizer Gruyère in Frankreich fabriziert. Wenn man für schlechte Qualität nur Fr. 15.- abzieht, wie das EVD vorschlägt, dann werde man kaum eine grosse Qualitätsverbesserung erlangen. Vor allem sei festzustellen, dass wir eine Milch produzieren, aus der man keinen Qualitätskäse mehr erzeugen kann.

Herr Schaffner ist dankbar für die Aufnahme seines Antrages. Zu den verschiedenen Diskussionsvoten nimmt er wie folgt Stellung:

Der Sprechende ist mit der Bemerkung einverstanden, dass diese Massnahmen nicht genügen. Man sei mit dem Bauernverband über das weitere Vorgehen einig. Was heute vorgeschlagen werde, sei das Maximum dessen, was man zumuten kann.

Zu den Bemerkungen von Herrn Gnägi erklärt der Sprechende, dass man vorsichtig vorgehen müsse wegen den Ausfuhrschwierigkeiten beim Käse. Die Kennedyrunde habe uns einen ausserordentlichen Erfolg für den Käseabsatz gebracht. Nun hätten wir aber zu wenig gute Qualität, um Käse zu exportieren.

Bei einer privatwirtschaftlichen Ordnung gebe es ganz andere Qualitäten. Weil wir die Differenz zwischen gutem und schlechtem Käse zahlen, verlegt man sich auf das Quantitative. Bei den Verhandlungen habe der Herr Bundespräsident vorgeschlagen, der Bund gebe eine Gesamtsubvention, die dann vom Verband verteilt werden solle. Was die Ueberproduktion an Milch betreffe, so sei gegenüber dem zugestandenen Quantum schon eine kleine Ueberschreitung zu viel. Der Sprechende habe nicht erklärt, dass man 27 % mehr Milch produziert habe, sondern, dass man aus der Milch 27 % mehr Butter fabriziert habe.

Die Bauern hätten nicht nur darauf verzichtet, eine Milchpreiserhöhung zu verlangen, sie haben es auch akzeptiert, dass man ihnen einen Rückbehalt von 3 % zumutet. Sie haben auch die Werbeabgabe geschluckt. Es habe sich gezeigt, dass man über die Prese die sogenannte Lohnparität nicht mehr herstellen könne. Das Einkommen des Bauern kann nur steigen, wenn sich weniger Bauern in das Einkommen der Landwirtschaft teilen müssen. Es sei heute nicht mehr möglich, mit nur 10 Kühen die Parität des Einkommens herzustellen. Die Ursache liegt darin, dass die menschliche Arbeit immer teurer wird. Die heutige Wohlstandsgesellschaft kann die Arbeit "am Kuheuter nicht gleich zahlen wie die Arbeit am Schiffschronometer". Das werde auch von Brugg eingesehen. Es bleibe auch nichts übrig, als das Landwirtschaftsgesetz (Art. 18) anzuwenden. *(Produktion nach Aufnahme-fähigkeit des Marktes.)*

Der Sprechende sei mit Herrn Gnägi einverstanden, dass diese Massnahmen das Aeusserste sind, was jetzt getan werden kann. Damit keine Ungerechtigkeit entsteht, werde man sehr aufpassen müssen, was man den Beamten bewillige.

Das FZD sollte den Antrag wegen der Magermilch nicht mehr aufrecht erhalten. Der Sprechende hätte sich überzeugt, dass man leider nicht weiter gehen könne. Die Käuserschaft sei heute der "Prügelknabe". Er habe nicht die Macht, die Milchqualität zu beanstanden, denn die Milch sei heute ein "politischer Stoff". Man müsse auf der ganzen Linie die Qualität wieder herstellen, nachdem heute die ganze Landwirtschaft auf die Quantität ausgerichtet ist. Das Problem ist äusserst kompliziert. Unsere



- 5 -

Naturmilch habe allerlei Tücken. Wir machen aber trotzdem den Käse aus unpasteurisierter Milch. Es stimme schon, dass die Schweiz heute nicht mehr das berühmte Käseland sei, sondern von andern Ländern (Frankreich, Finnland) übertroffen werde. Man könne aber nicht alles auf einmal machen. Es handle sich um eine kurzfristige und teilweise Lösung.

Herr Spühler stellt fest, dass die heutige Situation die Folge eines Prozesses ist, der seit einigen Jahren eingesetzt hat. Er glaube nicht, dass man mit allzu sanften Massnahmen durchkomme. Deshalb sollte man beim ursprünglichen Antrag des EVD bleiben (Fr. 20.- Abzug für Minderqualität). Die Frist bis 31. Juli 1968 sollte man kürzen. Die Abteilung für Landwirtschaft sei seit langem im Bild. Man sollte mindestens eine Frist von 3 Monaten früher nennen.

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass der Rat mit der Fristverkürzung einverstanden wäre.

Herr Schaffner stellt fest, dass man auf die Käser keinenallzu grossen Druck ausüben könne, weil man sonst riskiere, dass diese ihren Beruf aufgeben. Dann habe man noch weniger Leute, die die Milch in einem Produkt verwenden können, das man verwerten kann. Man habe im Frühjahr schon Fr. 10.- abgezogen. Jetzt kommen noch Fr. 15.- dazu, was sich stark auf das Einkommen auswirke. Der Käser finde seine Hilfskräfte immer weniger.

Der Herr Bundespräsident fragt, ob man nicht Herrn Schaffner soweit folgen könnte, dass man den Abzug von Fr. 15.- nur für eine bestimmte Zeit gelten lasse, um dies dann, wenn dies nötig sein sollte, zu verschärfen?

Herr Schaffner erklärt, dass es darum gehe, den Käser dazu zu bringen, dass er einsieht, dass es auf seine Kasse gehe. Dann werde er gegen die Milchlieferanten mehr Rückgrat zeigen.

Was den Gedanken des Herrn Bundespräsidenten betrifft, könnte der Rat auch den Sprechenden <sup>aus</sup> probieren lassen, wie sich der Qualitätsabzug von Fr. 15.- auswirkt. Er würde von sich aus eine Verschärfung vornehmen, wenn das Ergebnis nicht befriedigend sein sollte.

Herr Spühler hält dafür, dass diese Probezeit befristet sein sollte. Nach 4 bis 5 Monaten sollte man einen Bericht erhalten, wie sich das ausgewirkt habe.

Herr Schaffner erklärt sich bereit, nach einer Frist von 6 Monaten Bericht zu erstatten. Wenn die Massnahme nicht genügt, soll sie verschärft werden.

#### Türkei, Lieferung eines thermischen Elektrizitätswerkes

Nachdem sich das EPD einverstanden erklärt, wird dieser nicht auf der Traktandenliste figurierende Antrag genehmigt.

#### U m f r a g e

Hr. S p ü h l e r



- 6 -

Lage im Kongo, weisse Söldner

Wie Herr Spühler mitteilt, haben sich neue Schwierigkeiten ergeben. Die Königin von England wird ihren Besuch in Malta ausgerechnet in der Zeit abstaten, in welcher die Söldneraktion hätte durchgeführt werden sollen. Es ist deshalb denkbar, dass Malta für die Uebernahme und Heimschaffung nicht in Frage kommt, sondern dass die Schweiz doch mitzuwirken habe. Immerhin sind heute die Belgier und Franzosen bereit, ihre Leute direkt zu übernehmen. Der Sprechende schätze, dass es auf die Schweiz noch ungefähr drei Dutzend Mann treffen werde. Es handle sich um eine vorläufige Orientierung.

Entschädigung des Protokollchefs

Herr Spühler teilt mit, dass der Protokollchef eine Entschädigung von Fr. 4'500.- beziehe. Seine Frau, die einen grossen Teil der Arbeit auszuüben habe (mindestens 2 Stunden pro Tag), erhält keine Vergütung. Man könne natürlich der Frau keine Vergütung geben. Er sei nun der Meinung, dass die Entschädigung auf 10'000.- Franken erhöht werden sollte. Der Sprechende hält es für richtig, diese Angelegenheit direkt dem Bundesrat zu unterbreiten.

Der Rat ist einverstanden.

Hr. von Moos

Buchgeschenk des Botschafters von Pakistan

Das Geschenk soll individuell verdankt werden.

Vorsprache von Herrn Fränkel von der Stiftung für eidg. Zusammenarbeit

Herr von Moos möchte wissen, ob Herr Fränkel, der eine Antrittsvisite machen will, auch bei andern Mitgliedern angefragt habe?

Herr Gnägi teilt mit, dass er Herrn Fränkel empfangen habe. Dieser wolle sich nur vorstellen.

Hr. Schaffner

Abwesenheit während der nächsten Woche

Herr Schaffner wird nächste Woche in New York sein.

EFTA-Konferenz in Lausanne

Herr Schaffner orientiert über den Verlauf der Konferenz. Unangenehm sei vor allem gewesen, dass der schwedische Handelsminister beantragen wollte, gegen Portugal eine Untersuchungskommission einzusetzen. Der Sprechende habe versucht, ihn davon abzubringen und habe nachher den Antrag nicht angenommen. Er habe den Eindruck, dass die ganze Sitzung völlig überflüssig war.

Hr. Gnägi



Kampf gegen den Lärm

Herr Gnägi teilt mit, dass er gestern Prof. Keller empfangen habe. Er werde um 11 Uhr zur Presse gehen und diese orientieren.

Wasserzins, Entschädigung für Steuerausfall

Herr Gnägi ersucht um die Ermächtigung der ständerätlichen Kommission, für den Fall dass der Ansatz von Fr. 3.- nicht durchgeht, den ausgeteilten Eventualvorschlag vom 27. Oktober 1967 vorzulegen.

Herr von Moos erkundigt sich, wie es <sup>sich</sup> mit der Steuerfreiheit der Bundesbetriebe verhält?

Herr Celio und Herr Gnägi geben die gewünschte Auskunft. Bei den Kraftwerken der Bundesbahnen wird ein Gewing konstruiert, in dem zum Zins des Anlagekapitels 1 % vorgeschlagen wird. Das Bundesgericht habe diese Rechnung genehmigt.

Der Rat ist mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden.

Hr. Celio

Stellung und Besoldung des Rüstungschefs

Herr Celio orientiert über die Vorschläge des Personalamtes. Die Entlöhnung soll erfolgen wie für den Generalstabschef und den Ausbildungschef. Die Verordnung über die Rechtsstellung der Mitglieder der Landesverteidigungskommission und der Kommandanten von Heeresseinheiten kann nicht angewendet werden, soweit es sich um die Voraussetzung des dauernden Militärdienstes handelt. Die Rechte und Pflichten richten sich in Hauptsache nach Beamten-gesetz. Da er nicht der Militärversicherung unterstellt werden kann, soll er einen Betrag erhalten, um sich privat versichern zu lassen. Er soll ein Dienstfahrzeug wie die Mitglieder der LVK erhalten.

Herr Schaffner schlägt vor, dass das Rücktrittsalter wie für die Beamten auf 65 Jahre festgesetzt wird.

Herr von Moos hat <sup>im Hinblick auf andere Ernennungen u. Beförderungen einige</sup> Mühe, sich mit allen einverstanden zu erklären.

Herr Celio erklärt, man dürfe nicht zu kleinlich sein. Herr Hauser habe einen Vertrag in der Hand, wonach er in der Privatwirtschaft 130'000.- verdienen könnte.

Hr. Spühler

Erklärung von Botschafter Cuttat am Radio über den Umsturz in Griechenland

Herr Spühler hat die gegen Cuttat erhobenen Vorwürfe untersucht. Dieser habe an einem Fussballmatch in Athen teilgenommen. Es habe sich um ein Freundschaftsspiel Schweiz/Griechenland mit Servette gehandelt. Er musste also hingehen. Man kann ihm auch keinen Vorwurf machen, dass man ihn auf die Ehrentribüne neben einen Vertreter der neuen Ordnung gesetzt habe.

- 8 -

Herr Spühler gibt im weiteren den Inhalt der am Radio abgegebenen Erklärung bekannt. Obwohl es sich ergeben habe, dass Herr Cuttat den Anforderungen dieses heiklen Postens sich nicht gewachsen zeigte, habe er ihn in Schutz genommen. Es sei doch festzustellen, dass Cuttat den Staatsstreich bedauert habe.

\* \* \*